

Stand: 02.05.2024 06:35:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25380

"Bayerische Kommunen mit einer Sonderzahlung für kommunale Krankenhäuser resolut unterstützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25380 vom 30.11.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25475 vom 01.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 01.12.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers**
und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Kommunen mit einer Sonderzahlung für kommunale Krankenhäuser resolut unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bayerische Kommunen bei einem Defizitausgleich der Krankenhäuser, die sich im Besitz der Kommunen befinden, über eine einmalige Sonderzahlung von 50 Prozent des anfallenden Defizits für die Jahre 2021 und 2022 zu entlasten und dies aus Steuermehreinnahmen zu finanzieren oder in den Entwurf des Haushaltsplans 2023 einzuplanen.

Begründung:

Seit Jahren sind die meisten bayerischen Kliniken in finanziellen Schwierigkeiten. Vor allem in den letzten zwei Jahre werden es immer mehr Kliniken. Laut Aussage einer Umfrage der bayerischen Krankenhausgesellschaft müssen im Jahr 2021 voraussichtlich 61 Prozent der Kliniken mit einem Defizit rechnen. Anders ausgedrückt, die Defizite kommunaler Krankenhäuser erreichten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau. Der Anteil könnte für das Jahr 2022 noch höher ausfallen. Diese Aussage ist fatal und diesem Umstand muss entschieden entgegengewirkt werden.¹

Die kommunalen Krankenhäuser sind ein wichtiger Bestandteil der stationären Gesundheitsversorgung in Bayern. Besonders die letzten Jahre haben dies überdeutlich gezeigt. Unser Gesundheitssystem ist schon seit vielen Jahren in einer tiefen Krise. Es ist nicht zu übersehen, dass uns die derzeitig angespannte Lage in unseren Krankenhäusern genau aufzeigt, dass wir jetzt und sofort reagieren müssen, denn morgen kann es schon zu spät sein. Die Coronapandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie lange wir eigentlich schon wegschauen und einfach nichts machen.

Es muss verhindert werden, dass immer mehr kommunale Krankenhäuser an private Einrichtungen gehen und daraus folgend, wir die bestehenden Krankenhäuser mehr unterstützen müssen. Es ist unsere Pflicht, aus der Pandemie die richtigen Lehren zu ziehen und die staatlichen Investitionen in Krankenhäuser stärker zu fördern. Für die nächsten Generationen müssen wir jetzt handeln und unsere kommunalen Krankenhäuser für die Zukunft unterstützen.²

Somit sind wir dazu verpflichtet, eine Sonderzahlung für unsere kommunalen Krankenhäuser einzuführen. Unser vorrangiges Ziel muss es sein, die kommunalen Einrichtungen noch mehr in den Fokus zu rücken, denn sie stellen die Grundversorgung unserer Bürger sicher. Unser oberstes Ziel muss es sein, die Gesundheit unserer bayrischen Bürger zu schützen und zu unterstützen.

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/immer-mehr-krankenhaeuser-in-bayern-in-den-roten-zahlen,T0ob8a7>

² <https://www.fr.de/meinung/starker-staat-alle-13758868.html>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Andreas Winhart, Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/25380

**Bayerische Kommunen mit einer Sonderzahlung für kommunale Krankenhäuser
resolut unterstützen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Winhart

Abg. Hans Herold

Abg. Christina Haubrich

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerische Kommunen mit einer Sonderzahlung für kommunale Krankenhäuser resolut unterstützen (Drs. 18/25380)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, jeder, der zurzeit in der Kommunalpolitik und in seinem Kreistag unterwegs ist, sich die Planungen und Zahlen für die nächsten Haushalte sowie die Ergebnisse des laufenden und letzten Jahres anschaut, weiß, dass es um unsere kommunalen Kliniken und die kleinen Landkrankenhäuser nicht gut steht; denn diese haben in letzter Zeit massive Defizite eingefahren. Deren Bestand ist dadurch unter Umständen gefährdet.

Wir alle, die hier aktiv sind, kennen das. Deswegen müssen wir handeln. Wir haben heute unseren Dringlichkeitsantrag vorgelegt, mit dem wir für die kommunalen Krankenhäuser eine Sonderzahlung fordern, um die Kommunen zu entlasten. Die Kommunen, die dieses betriebliche Defizit normalerweise ausgleichen müssen, haben hier Lasten in Höhe von Millionen Euro zu tragen. Diese Lasten haben sie nicht verschuldet und konnten auch von den Aufsichtsräten nicht verhindert werden; denn ausschlaggebend waren die letzten beiden Corona-Jahre, die unsere Kliniken in ein wirtschaftliches Desaster geführt haben. Jetzt kommt noch die Energiekrise hinzu. Hier muss geholfen werden.

Zur Wahrheit gehört auf der einen Seite, dass die Corona-Maßnahmen, die aus Berlin vom Herrn Lauterbach kamen, dazu beigetragen haben, die Kliniken für Investoren

aus den verschiedenen Klinikbetreibergruppen, die sich unsere kommunalen Kliniken gerne unter den Nagel reißen, im Endeffekt sturmreif zu schießen. Auf der anderen Seite ist dann natürlich die Gefahr groß, dass ein Landrat sein defizitäres Krankenhaus lieber schließt. Aber wer leidet darunter? – Es ist die bayerische Landbevölkerung, nicht der Großstädter. Die bayerische Landbevölkerung leidet sehr darunter, weil sie dann zu den kleinen Klinikstandorten sehr weit zu fahren hat. Diese Kliniken müssen erhalten bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Worum geht es hier im Detail? – Wir haben uns das angeschaut und festgestellt, dass in Bayern nahezu alle Klinikverbünde, soweit es bekannt ist, für das Jahr 2021 große Defizite erwarten und, sofern schon vorliegend, für das Jahr 2022 ebenfalls. Wir wollen, dass unter Umständen vorhandene Steuermehreinnahmen beziehungsweise entsprechende Mittel durch die Staatsregierung im Haushalt 2023 eingeplant werden, um 50 % des anfallenden Defizits auszugleichen. Das hilft unseren Landkreisen und den kreisfreien Städten, die diese kommunalen Krankenhäuser – ich sage jetzt einmal – leiten. Das nimmt aber nicht den Druck weg, man muss auch dann sagen: Ihr müsst trotzdem noch wirtschaftlich handeln; ein gewisser Anteil bleibt bei euch. Aber es ist eine faire Lösung, hier den Kommunen unter die Arme zu greifen, die in nächster Zeit weiter gefordert sind, beispielsweise mehr im ÖPNV zu machen, wenn das 49-Euro-Ticket kommt, usw.

Deswegen ist heute der richtige Zeitpunkt, damit anzufangen, unsere Kommunen zu entlasten und hier die Defizitausgleiche fair unters Volk zu bringen; denn eines muss man schon sagen: Was hier unter die Räder kommt, ist das Verursacherprinzip. Die Staatsregierung und die Bundesregierung haben mit Corona den Krankenhäusern große Lasten und große Verantwortung aufgebürdet. Wer anschafft, der zahlt auch. Deswegen sollten wir hier 50 % des anfallenden Defizits übernehmen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der Kollege Hans Herold, CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Winhart, Ihr Antrag lautet sinngemäß: Bayern muss seine Kommunen resolut unterstützen. – Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Kein anderes Bundesland in Deutschland unterstützt seine Kommunen so resolut wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der AfD)

– Da brauchen Sie gar nicht zu lachen. Das sind die Fakten, die ich belegen kann. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Herr Winhart, eine weitere Feststellung: Vielleicht sollten Sie sich ein bisschen besser informieren. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir Steuermehreinnahmen haben werden. Die neueste Steuerschätzung vom Oktober 2022 besagt, dass wir im Jahr 2023 weniger Steuereinnahmen haben werden, nämlich 600 Millionen Euro weniger, als ursprünglich geplant war. Deswegen möchte ich auch als Haushaltspolitiker nochmals darauf hinweisen, wie stark wir vor allem im Rahmen des Finanzausgleichs immer wieder unsere bayerischen Kommunen unterstützen. Mit Blick auf Corona muss man ehrlich zugeben – das werden Sie auch als Kommunalpolitiker bestätigen –, dass wir bisher eigentlich fast alles ausgeglichen haben. Wir haben beispielsweise gemeinsam mit dem Bund die Gewerbesteuer ausfälle des Jahres 2020 ausgeglichen. Auch in diese Ausgleichszahlung muss der Bund Mittel einfließen lassen. Wir haben quasi die Gewerbesteuer ausfälle für das Jahr 2021 in Höhe von 330 Millionen Euro ausgeglichen, bedauerlicherweise ohne den Bund.

Wir haben unsere Kommunen gerade auch in diesem Bereich extrem stark unterstützt. Ich muss aber darauf hinweisen, dass wir künftig nicht alle Lasten, die möglicherweise durch die Inflation oder durch andere Kostensteigerungen auftreten, allein tragen können. Das ist völlig klar. Auch die Kommunen stehen in der Verantwortung. Ich möchte

auch darauf hinweisen – das wissen die Haushaltspolitiker –, dass wir in den letzten zwei Jahren nur für unsere Kommunen eine Verschuldung in Höhe von 4 Milliarden Euro vorgenommen haben. Daran sieht man sehr deutlich, dass wir auch auf diesem Gebiet sehr, sehr stark für unsere Kommunen da sind.

Der kommunale Finanzausgleich ist, wie Sie alle wissen, ganz, ganz aktuell. Er steigt im Jahr 2023 sehr deutlich. Der Freistaat Bayern stellt insgesamt rund 11,2 Milliarden Euro für seine Kommunen zur Verfügung. Er bleibt also der sichere Anker für seine Kommunen. Die aktuellen Zahlen haben Sie sicherlich mitbekommen, auch in Bezug auf die Schlüsselzuweisungen, die letztendlich massiv ansteigen werden.

Obwohl die Haushaltslage des Freistaats weiter höchst angespannt ist – natürlich insbesondere durch die großen Herausforderungen durch Corona –, wird das Vorjahresergebnis von 10,56 Milliarden Euro sogar deutlich übertroffen. Das ist eine Steigerung in Höhe von 5,8 %.

Ein wichtiger Punkt ist für uns natürlich immer wieder die Krankenhausfinanzierung. Der seit 2018 um 140 Millionen Euro erhöhte Ansatz für die Krankenhausfinanzierung wird im kommenden Jahr 2023 auf dem Niveau von 643 Millionen Euro fortgeführt. Daran sieht man sehr deutlich, dass wir hier sehr viel Geld in die Hand nehmen, um auch diese Situation in den Griff zu bekommen.

Natürlich haben wir in den Kommunen wirtschaftliche Probleme. Ich bin selber stellvertretender Landrat meines Stimmkreises. Ich kenne die Situation. Auch wir haben ein hohes Defizit; das ist völlig klar. Aber nicht nur die kommunalen Kliniken, sondern auch die privaten Kliniken haben derzeit Probleme. Zum Beispiel haben wir in meinem Stimmkreis Bad Windsheim mehrere Reha-Kliniken, die im Moment stark kämpfen müssen. Das ist aufgrund der besonderen Situation völlig klar.

Sie haben recht: Im Ergebnis haben 2021 39 % der Krankenhäuser einen Überschuss oder ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Aber 61 % der Krankenhäuser werden ein Defizit erwirtschaften. Das ist völlig richtig. Sie wissen auch, dass die Krankenhäuser

natürlich bundesweit Schwierigkeiten haben; denn ihre Erlöse steigen langsamer als die Kosten. Auch die Fallkostenpauschale ist reformbedürftig.

Ein großes Problem haben wir generell überall, da medizinische und pflegerische Fachkräfte fehlen. Deswegen möchte ich zum Schluss auf die Verantwortung des Bundes zu sprechen kommen. Der Härtefallfonds des Bundes muss natürlich auch die Schwierigkeiten der Krankenhäuser auffangen; denn es handelt sich, wie ich bereits vorhin erwähnt habe, um ein bundesweites Phänomen.

Ergänzend zu den Energiepreisbremsen wird der Bundeshärtefonds mit ungefähr 12 Milliarden Euro ebenso für die Krankenhäuser eingerichtet, wenn ich richtig informiert bin. Vorrang hat natürlich – jedenfalls sehe ich das so – die Gestaltung und Abwicklung durch den Bund. Sonst geraten wir in einen föderalen Flickenteppich, womit niemandem gedient wäre.

Abschließend noch einmal der Hinweis: Wir tun sehr, sehr viel für unsere Kommunen. Wir unterstützen unsere Kommunen sehr, sehr resolut. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Herold, bitte bleiben Sie noch am Mikro. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Winhart, AfD-Fraktion, vor.

Andreas Winhart (AfD): Erst einmal vielen Dank, dass Sie erkannt haben, dass es hier eine Problematik gibt. Ich verstehe dann nicht, warum Sie unbedingt ablehnen wollen. Wir wissen, dass sich Ihr Kollege Seidenath im Moment die Hacken wund rennt, wenn es um die Rehakliniken geht. Dass die privaten Kliniken ebenfalls ein Problem haben, wissen wir auch. Aber hier geht es um die öffentliche Gesundheitsversorgung durch die öffentlichen Kliniken. Wir müssen schon schauen, dass wir unsere

bayerische Kliniklandschaft vor den Reformen, die der Herr Lauterbach in Berlin jetzt vorhat, in gewisser Weise schützen und unterstützen.

Ich frage Sie jetzt noch mal: Sie haben vom Finanzausgleich gesprochen, unter anderem von den Schlüsselzuweisungen. Denken Sie auch in die andere Richtung, dass unser bayerisches Steuergeld an bayerischen Kliniken besser aufgehoben wäre als über den Länderfinanzausgleich beispielsweise bei irgendwelchen Multikultiprojekten in Berlin?

Hans Herold (CSU): Das Thema bringen Sie immer wieder. Fakt ist natürlich – wir in Bayern wirtschaften so gut und unsere Bürgerinnen und Bürger sind so fleißig; das kann man hier mal deutlich sagen –, dass der Freistaat Bayern an andere Bundesländer über 9 Milliarden Euro durch den Länderfinanzausgleich zahlt; da haben Sie völlig recht. 9 Milliarden Euro sind eine stolze Summe, die wir natürlich auch gerne bei uns hätten. Aber logischerweise müssen wir uns auch solidarisch verhalten. So sind wir in Deutschland aufgestellt, und das ist auch gut so. Ob die 9 Milliarden Euro so gut verwendet sind, ist ein anderes Thema. Aber Fakt ist, dass es gesetzlich so geregelt ist.

Aber noch mal, Herr Kollege: Letztendlich kann der Freistaat Bayern nicht alle Lasten alleine tragen. Ich denke, wir tun genügend für unsere Kommunen. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Christina Haubrich das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD fordert einmalige Sonderzahlungen zur Rettung der Krankenhäuser. Was in dieser Situation ganz sicher nicht hilft, ist, dass wir Geld wahllos mit der Gießkanne über unsere Krankenhauslandschaft ausschütten. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Krankenhausplanung, die sich am Bedarf orientiert. Bedarfs-

gerecht heißt nämlich immer patientinnengerecht. Außerdem hat der Bund ein Hilfspaket mit 6 Milliarden Euro für die Kliniken geschnürt. Sie wissen auch, dass in Berlin gerade ein Gesetz verhandelt wird, das die Krankenhausfinanzierung reformiert. Diese Veränderungen wirken langfristig. Das sind Änderungen, die wir brauchen. Darum lehnen wir Ihren Antrag auch ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Kollegin Haubrich. – Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Susann Enders. Bitte schön, Frau Kollegin Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Lage in den Krankenhäusern in Bayern wie in ganz Deutschland ist und bleibt prekär. Das DRG-System hat es auch nicht besser gemacht. Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns das gezeigt. Auch die Lage der Pflegekräfte ist und bleibt ohne merkliche Veränderung. Ganz im Gegenteil, Lauterbach wird seiner dringendsten Aufgabe, dem Erhalt von Krankenhäusern und Betten, der Stabilisierung auf dem Pflegemarkt, der Sicherung von Arbeitsmitteln und medizinischer Ausstattung in der Fläche, nicht gerecht.

Wir als FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion in Bayern kämpfen um jedes kleine Krankenhaus. Wir haben mit dem von uns eingebrachten Hebammenbonus diese Berufsgruppe gefördert. Wir versuchen mit einer Landarztquote, die Regionen medizinisch nicht ins Abseits fallen zu lassen. Bayern haushaltet besonnen und nachhaltig. Bayern wird der Investitionskostenförderung der Plankrankenhäuser gerecht. Allein 2021 standen für die Krankenhausförderung mehr als 643 Millionen Euro bereit.

Der von der AfD eingebrachte Dringlichkeitsantrag greift Dinge auf, die uns allen wichtig sind. Schön wäre, wenn wir uns ausschließlich um kommunale Krankenhäuser kümmern müssten. Doch in dem maßgeblichen Krankenhausplan befinden sich nun mal nicht nur kommunale Häuser, sondern auch freigemeinnützige, kirchliche und private Einrichtungen, die allesamt die Versorgung der Patientinnen und Patienten hier in

Bayern sicherstellen sollen. Also wäre es eine enorme Verzerrung, nur die kommunalen Häuser zu unterstützen. Das wäre auch bundes- und europarechtlich überhaupt nicht zulässig. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Ich sehe gerade die Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Frau Kollegin Enders, ich freue mich, dass Sie die Problematik erkannt haben, die wir hier aufgreifen, stelle jetzt aber zu dem, was Sie zum Schluss gesagt haben, doch noch eine kurze Zwischenfrage. Sie haben gesagt, es würde den Wettbewerb verzerren. Aber im Gegensatz zum kommunalen Haus, das eigentlich nur von der Öffentlichkeit getragen wird, hat der private Anbieter die Möglichkeit, sich auf dem Kapitalmarkt neu einzudecken, Investoren hinzuzunehmen etc. Die Kirchen – sie arbeiten meist mit Vertragskrankenhäusern – sind sowieso im Sinne unseres Vorschlags eigentlich öffentlich, weil sie die öffentliche Leistung übernehmen. Die wenigen Krankenhäuser, die rein kirchlich sind, haben die Kirche im Hintergrund, die sich dann entsprechend darum kümmern kann. Das heißt, wir haben uns bewusst für die kommunalen Krankenhäuser in dem Sinne so ausgesprochen, für die öffentlichen Häuser, weil sie eben keine Möglichkeit haben, sich anderweitig zu finanzieren. Erkennen Sie diese Problematik auch an? Bleiben Sie weiterhin bei Ihrer ablehnenden Meinung dazu?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Wir haben als Freistaat eine gewisse Verantwortung. Dazu gehört auch das Gleichbehandlungsprinzip. Alles andere, Fachliche habe ich bereits in meiner Rede ausgeführt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Weitere Interventionen liegen nicht vor. Dann darf ich die nächste Rednerin aufrufen: die Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wieder spricht die AfD hier ein scheinbar verständliches, allgemeines Thema an. Aber es ist dann halt doch nur eine scheinbare Hilfe und kein tragfähiger Vorschlag. Rund 60 % der Kliniken, nicht 60 % der kommunalen Kliniken haben Defizite, sondern 60 % aller Kliniken schreiben rote Zahlen. Sie sagen, dass Sie hier eine Einmalzahlung auslösen wollen, und sprechen davon, dass das für die Zukunft und die nächste Generation sei. Aber genau da setzt man mit einem Sondergeld nicht an. Das ist kein Ersatz für eine dauerhafte solide Finanzierung. Die aktuelle Energiekrise und die aktuellen Engpässe werden tatsächlich mit einer großzügigen Hilfe vom Bund mit ausgeglichen.

Herr Kollege von der CSU, Ihre Bemerkung, dass niemand seine Kommunen so stark unterstützt wie Bayern, hat in meiner SPD-Fraktion vorhin etwas Heiterkeit hervorgerufen. Ich schlage aber vor, dass wir uns darüber an anderer Stelle unterhalten, wo das auch hingehört.

Frau Kollegin Enders, über die Krankenhausinvestitionskostenförderung werden wir sicher noch öfter sprechen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, habe ich die Freude, besondere Besucher hier im Hause zu begrüßen. Es ist für uns eine Ehre und Freude, dass aus unserem Nachbarland Österreich, genauer gesagt aus der Steiermark, eine Delegation des Landtags anwesend ist. Ich heiße Sie herzlich willkommen – die gesamte Delegation natürlich, aber an der Spitze Frau Landtagspräsidentin Manuela Khom – herzlich willkommen –, genauso wie den Dritten Landtagspräsidenten Herrn Gerald Deutschmann und den Landtagsdirektor Herrn Dr. Maximilian Weiss. Allen ein herzliches Willkommen hier in Bayern!

(Allgemeiner Beifall)

Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Dies ist der Kollege Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Schwarz-weiß wird hier gemalt. Da werden die privaten Krankenhausträger gegen die kommunalen Krankenhausträger ausgespielt. Letztendlich wird hier wieder Politik auf dem Rücken der Solidargemeinschaft gemacht. Das kennen wir so von der AfD. Auch in Zukunft wird sich daran nichts ändern. Darauf werden wir uns weiterhin einstellen müssen.

Wir brauchen eine Krankenhausstrukturreform. Diese ist in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene und bis zum heutigen Tag auf Landesebene nicht angegangen worden. Dadurch sind die Defizite in den Krankenhäusern zu erklären. Sie müssen unbedingt angegangen werden. Wir brauchen eine nachhaltige Infrastruktur. Das heißt, wir brauchen eine Versorgung auf dem Land und in den Städten. Hier kann ich nicht nur – auch wieder schwarz-weiß gemalt – auf die Städter und die auf dem Land lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger schießen und diese wiederum gegeneinander ausspielen, wie Sie es getan haben, Herr Winhart. Das ist der falsche Ansatz.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wir brauchen bedarfsabhängige Krankenhäuser. Das heißt, wir brauchen Krankenhäuser in der Fläche, die eine Basisversorgung bieten, und ein gestuftes System, das jetzt von der Ampelkoalition angegangen wird. Wir werden sehen, dass die Finanzierung dann auch auskömmlich sein wird. Zukünftig werden wir Basisfallpauschalen und eine sinnvolle Struktur erleben. Das ist auch notwendig. Dafür sorgen die Bürger gegebenenfalls mit dem Stimmzettel.

Mein Wunsch geht in Ihre Richtung, Herr Staatsminister: Gehen wir das Problem gemeinsam an! Die Investitionskostenförderung bietet eine Möglichkeit, die Qualität an-

zupassen. Sie rühmen sich, in diesem Jahr 643 Millionen Euro dafür auszugeben. Ich hoffe, dass diese zukünftig bedarfs- und qualitätsabhängig ausgegeben werden. Es kann auch gerne eine Milliarde Euro sein, wenn wir damit vorwärtskommen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25380 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind alle übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.